

Möbel Ryter

Möbel nach Mass

Gartenmöbel
3652 Seftigen (S-Bahn S4/S44) Bhf. Bugistein
Tel. 033 359 31 00 | www.moebel-ryter.ch

Flüchtlinge statt Tieflohnarbeiter

LANDWIRTSCHAFT In einem gemeinsamen dreijährigen Pilotprojekt wollen Bund und Bauernverband testen, unter welchen Bedingungen sich Flüchtlinge als Saisonarbeitskräfte auf Landwirtschaftsbetrieben eignen.

Auf schweizerischen Bauernbetrieben arbeiten während der Erntesaison 25 000 bis 35 000 Tieflohnarbeiter, vor allem aus Portugal, Spanien und Polen. Dieses bäuerliche Geschäftsmodell ist mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Februar letzten Jahres ins Wanken geraten – besonders, weil sich kaum Schweizerinnen und Schweizer finden, die bereit sind, zu tiefen Löhnen und oft auch am Wochenende auf den Äckern zu arbeiten. Diese Jobs sollen nun Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene übernehmen, die damit eine Arbeitsmöglichkeit erhalten, während die Bauern ihren Mitarbeiterbedarf decken können.

Ob dieses auf den ersten Blick einleuchtende Modell funktionieren kann, wollen das Staatssekretariat für Migration und der Schweizerische Bauernverband (SBV) nun in einem gemeinsamen Pilotprojekt herausfinden, wie sie gestern an einem Mediengespräch auf einem Gemüsebaubetrieb in Füllinsdorf (BL) ausführten.

15 Flüchtlinge im Projekt

Zehn Betriebe in sieben Kantonen haben sich dem Projekt angeschlossen. «Aus Datenschutzgründen», wie es auf Anfrage hiess, gibt der Bauernverband nicht bekannt, um welche Bauernhöfe es sich handelt. Beschäftigt werden auf den Projektbetrieben fünfzehn Flüchtlinge: Sie arbeiten bereits oder werden ihre Tätigkeit im Lauf des Jahres aufnehmen.

Herausfinden wollen die Beteiligten damit, was es braucht, damit die Beschäftigung von Flüchtlingen in der Landwirtschaft ein Erfolg wird. Durch die Arbeit sollen sie besser integriert werden, sagte Staatssekretär Mario Gattiker. Es gebe mehrere Tausend anerkannte Flüchtlinge im Erwerbsalter, die keine Stelle fänden. Mangelnde Sprach-

Sieg für die Bauern

SUBVENTIONEN Der Bundesrat nimmt im vergangenen Jahr beschlossene Kürzungen der Subventionen an die Landwirtschaft zurück.

Im Hinblick auf das Budget 2015 hatte der Bundesrat letzten Oktober die Beitragsansätze in der Direktzahlungs- und Einzelkulturbeitragsverordnung gesenkt. Das Parlament verzichtete im Voranschlag aber auf die Kür-

kenntnisse, keine Ausbildung oder administrative Hürden seien die Gründe dafür.

Die Landwirte müssten wissen, dass anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in der Schweiz arbeiten dürfen. In der Hotellerie und im Gastgewerbe sei dies bekannt: Rund ein Drittel der erwerbsfähigen Flüchtlinge arbeite in diesen Sektoren.

Monatslohn 3200 Franken

Die Flüchtlinge, die sich am Pilotprojekt der Landwirtschaft beteiligen, erhalten im ersten Monat einen Lohn von 2300 Franken brutto, danach den Mindestlohn gemäss Normalarbeitsvertrag; in den meisten Kantonen beträgt dieser 3200 Franken.

Die Betriebe bekommen für ihren administrativen Aufwand im Zusammenhang mit der Auswertung des Projekts 200 Franken im Monat. Weitere 200 Franken werden den Bauern als Pauschale ausbezahlt, wenn die Arbeitskräfte auf dem Betrieb wohnen und verpflegt werden.

Das Budget für das dreijährige Pilotprojekt liegt bei 400 000 Franken. Diesen Betrag teilen sich der SBV und der Bund je hälftig. Der finanzielle Rahmen sei auch der Grund für die relativ geringe Anzahl an teilnehmenden Flüchtlingen, sagte Monika Schatzmann vom SBV.

«Mehr Geld in der Tasche»

Aus Sicht von Andreas Eschbach, der den Gemüsebetrieb in Füllinsdorf BL leitet, sollen anerkannte Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selber verdienen können. Er beschäftigt seit über zwanzig Jahren Flüchtlinge. Für sie sei eine Beschäftigung positiv. Ein heute 25-jähriger Somalier, der seit 2011 bei ihm befristete Einsätze leistete und seit Januar 2013 unbefristet angestellt ist, könne sich ein Auto und Fahrstunden leisten, sagte Eschbach. Obwohl nach der Arbeitsaufnahme die finanzielle Unterstützung des Staates wegfallen, hätten die Flüchtlinge mehr Geld in der Tasche als ohne Arbeit.

Für die Landwirte sei es eine Herausforderung, Migranten zu beschäftigen, sagte Eschbach weiter. Die Betriebsleiter «müssen wollen und können». *sda/jsz*

AHV DEMOGRAFISCHE LÜCKE

Wir werden immer älter – und leisten uns das ewig selbe Rentenalter

Die AHV schreibt rote Zahlen, die Zahl der Rentner steigt steil, die Lebenserwartung nimmt zu – trotzdem schreckt man im Bundeshaus vor einem höheren Rentenalter zurück. Die BDP will das ändern und das Rentenalter an die Lebenserwartung binden.

Im März 2014 fällte der Nationalrat einen ansatzweise revolutionären Entscheid: Das Rentenalter soll fix an die Lebenserwartung gekoppelt werden und somit künftig automatisch ansteigen, wenn wir älter werden. Dies verlangt ein verbindlicher BDP-Vorstoss, der im Nationalrat dank SVP, FDP, GLP und einigen CVP-Stimmen eine Mehrheit fand. So weit, so spektakulär.

Seither passierte nichts mehr. In der grossen Rentenreform, die Bundesrat Alain Berset (SP) ins Parlament gebracht hat, ist eine Erhöhung des Rentenalters über 65 hinaus kein Thema. Berset will einzig das Rentenalter der Frauen (64) dem der Männer (65) angleichen. Um die Forderung der BDP ist es ruhig geworden. Scheut die bedrängte Partei das Thema im Wahljahr vielleicht sogar selber?

Strikte Regel in Dänemark

«Überhaupt nicht», sagt der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl. Man sei in Kontakt mit externen Fachleuten, um ein Modell für den Rentenalter-Automatismus auszuarbeiten. Voraussichtlich werde die BDP dieses im Nationalrat, der die Rentenreform 2016 als Zweitrat diskutieren dürfte, in die Debatte einbringen.

Das Vorbild für die Idee ist Dänemark. Die Dänen haben beschlossen, das Rentenalter zuerst von 65 auf 67 anzuheben und für die Zeit danach eine Art Auto-

piloten zu installieren: Das Rentenalter wird künftig parallel zur Lebenserwartung ansteigen (siehe Artikel rechts). Die Erhöhungen werden schrittweise umgesetzt und stets 15 Jahre im Voraus angekündigt. Das dänische Modell ist darauf ausgelegt, die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs stabil zu halten. Wird also der Durchschnittsrentner ein Jahr älter, muss er ein Jahr länger arbeiten, damit er nicht zu lange Rente bezieht.

20-prozentiger Ruhestand

Das wäre die harte Tour – für die Schweiz hat die BDP bereits eine mildere Variante skizziert. Der Autopilot würde dabei so justiert, dass das Rentenalter immer bei 80 Prozent der Lebenserwartung liegt; zurzeit wären das zirka 66 Jahre. In einem solchen Modell wird nicht jedes hinzugewonnene Jahr an Lebenserwartung 1:1 auf das Rentenalter übertragen. Jedenfalls würden die Schweizer Rentner in spe immer noch massiv länger AHV beziehen als ihre Vorfahren (siehe Kasten).

Doch nun zum Knackpunkt: Anders als in Dänemark hätte in

der Schweiz das Volk das letzte Wort. Wie bringt man eine Mehrheit dazu, das Rentenalter zu erhöhen? «Heute? Gar nicht», sagt Hans Stöckli trocken. Der SP-Ständerat ist Mitglied der Sozialkommission und spielt eine interessante Rolle: Während die Linke in der Rentendebatte weitgehend mauert, zeigt sich der Bieler Kompromissbereit. Aber: «Einer Erhöhung des Rentenalters über 65 hinaus könnte ich heute niemals zustimmen.» Er setze schon viele Sympathien aufs Spiel, indem er das Frauenrentenalter 65 mittrage, falls die Lohnrückstände der Frauen eliminiert würden. Stöckli ist festgefesselt überzeugt, dass jede Vorlage scheitert, die ein Rentenalter jenseits 65 schon nur als Möglichkeit vorsieht. «Das bringt man niemals durch, solange ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt so schlechte Chancen haben wie heute.»

Haben sie das wirklich? Gemäss der Statistik sind Angehörige der Generation U-55 seltener arbeitslos als Jüngere. Wenn sie es aber einmal sind, haben sie mehr Mühe, wieder eine Stelle zu finden. Jedoch: In internationalen Vergleich sind ältere Schweizer sehr häufig werkfähig. Ständerat Stöckli

Die Zahl der Rentner steigt in den nächsten Jahren stark an. *Keystone*



Die Zahl der Rentner steigt in den nächsten Jahren stark an. *Keystone*

Anzeigen-Kaskade im Fall Markwalder

BUNDESANWALTSCHAFT Die Kasachstan-Affäre um die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder löst strafrechtliche Begehren aus.

Gegen den St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller sei wegen dessen Kasachstan-Reise bereits vorgestern Dienstag eine Anzeige der Jungsozialisten bei der Bundesanwaltschaft eingegangen, sagte Sprecher André Marty gestern auf Anfrage.

Marty bestätigte überdies, dass man im Zusammenhang mit dem Fall Markwalder Kenntnis habe von einer weiteren Anzeige, die jetzt an die Bundesanwaltschaft weitergeleitet werde. Ob sich die-

se zweite Anzeige gegen die 40-jährige FDP-Nationalrätin Christa Markwalder selber richtet und welchen Straftatbestand – möglicherweise Amtsgeheimnisverletzung – das Begehren ahnden will, konnte Marty nicht sagen.

AKP erwägt Anzeige

Markwalder steht im Verdacht, Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats an eine Lobbyistin weitergeleitet und damit das Kommissionsgeheimnis verletzt zu haben. Möglicherweise kann gegen sie auch wegen verbotenen Nachrichtendienstes ermittelt werden. Die APK will über eine

allfällige Strafanzeige in diesem Fall diskutieren.

Etwas klarer ist die Lage bei Walter Müller: Bei der Anzeige der Jungsozialisten gehe es um Artikel 322 sexies des Strafgesetzbuchs, konkret um den Vorwurf der Vorteilsannahme im Amt. Gemäss diesem Strafgesetzesartikel droht Müller im Fall einer Verurteilung eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren.

Entscheidend wird aber sein, ob beide Kamern des eidgenössischen Parlaments die Immunität des Parlamentariers aufheben werden, wie Marty weiter erklärte. Die Bundesanwaltschaft prüfe derzeit das weitere Vorgehen.

Möglich ist, dass sie das Strafverfahren eröffnet, oder aber zuwartet, bis die Immunitätsfrage geklärt ist.

Müller hatte im Mai 2014 an einer Reise der PR-Agentur Burson-Marsteller nach Kasachstan teilgenommen. Mit von der Partie an der fünf-tägigen Reise war auch SVP-Politiker Christian Miesch, zu jenem Zeitpunkt aber nicht Nationalrat, sowie eine Mitarbeiterin der PR-Agentur, welche die Reise im Auftrag eines kasachischen Kunden organisiert hatte.

Müller hat inzwischen zugesichert, dass er die Kosten der Reise nachträglich noch selber begleichen will. *sda/jsz*

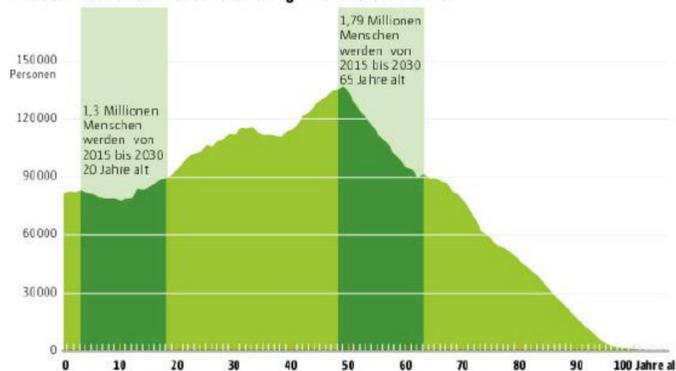
LEBENSERWARTUNG

Die Schweiz hat die Mehrwertsteuer bereits einmal um einen Prozentpunkt erhöht, um die Kosten der steigenden Lebenserwartung abzufedern: 1999 wurde das sogenannte Demografieprozent eingeführt. **Nun will der Bundesrat die Mehrwertsteuer noch einmal um 1,5 Prozentpunkte erhöhen, um die AHV weiterhin zu sichern.** Dies geht SVP, FDP und CVP aber zu weit (wir berichteten). Erste Entscheidung fällt der Ständerat wohl im September.

Eines ist hingegen unbestritten: **Die Dauer des Rentenbezugs hat sich in der Schweiz überaus kräftig ausgedehnt.** Männer beziehen heute im Durchschnitt 18,9 Jahre lang Rente. 1948, bei Einführung der AHV, waren es 12,4 Jahre. Bei den Frauen stieg die Lebenserwartung ab Alter 65 von 14 auf 22,2 Jahre. *fab*

DEMOGRAPHIE

Altersstruktur der Schweizer Bevölkerung am 31. Dezember 2013



Von 2015 bis 2030 werden 1,79 Millionen Personen 65 Jahre alt, während nur 1,3 Millionen den 20. Geburtstag feiern können. Damit verliert der Arbeitsmarkt pro Jahr fast 112 900 Personen, während nur 82 200 neu dazukommen. Die «Lücke» umfasst damit insgesamt 475 000 Personen oder fast 30 000 im Jahr. Abhilfe schaffen können vor allem Zuwanderung und ein höheres Rentenalter.

Infok jr / Quelle BFS, eigene Berechnungen

Abgang der Babyboomer

«Damit hat er leider recht», räumt BDP-Kollege Luginbühl ein. Er sieht das genauso: Auch heute noch gebe es Arbeitgeber, die lieber günstige junge Fachkräfte aus der EU anstellen statt hiesige ältere. Aber: «Über das Rentenalter müssen wir trotzdem reden.» Für Luginbühl ist die Zukunft derart klar absehbar, dass er glaubt, man könne die Leute von der Notwendigkeit eines höheren Rentenalters überzeugen. Dabei denkt er nicht einmal so sehr an die wachsende Lebenserwartung, sondern vielmehr an die bevorstehende Pensionierung der Babyboomer: In den nächsten 15 Jahren erreichen die grössten Jahrgänge das Rentenalter, die es je gab. «Wenn diese Hunderttausenden pensioniert sind, wird es auf dem Arbeitsmarkt alle brauchen, gerade auch die erfahrenen Älteren.» Dieser Trend werde zusätzlich verstärkt, da die Schweiz die Zuwanderung drosseln müsse.

Das könne ja alles sein, sagt Hans Stöckli. «Aber wir können nicht das Rentenalter auf Vorrat erhöhen, bevor wir sicher wissen, dass es genug Arbeit gibt.» Sprich: Die Politik soll das Ren-

tenalter erst erhöhen, sobald klar ist, dass Ältere wirklich gesucht sind.

Dann sei es eben zu spät, findet Werner Luginbühl. «Je länger wir warten, umso grösser sind die Lücken, die wir mit Mehrwertsteuer oder Lohnbeiträgen füllen müssen, damit wir alle versprochenen Renten bezahlen können.» Luginbühls Überlegung geht so: Ein höheres Rentenalter hat an der Urne nur mit einer Vorlaufzeit von mindestens 10 Jahren eine Chance, damit Ältere nicht überrumpelt werden. Wenn man also erst in 15 Jahren eine Rentenaltererhöhung beschliesst, tritt diese etwa 2045 in Kraft. «Wenn wir so lange warten, wird es sehr teuer, das heutige Niveau der AHV zu erhalten.» Da sich die Politik immer schwerer mit solchen Entscheidungen, würde Luginbühl das Rentenalter ganz an die Statistik auslagern. «Sie ist berechenbarer und häufig stärker an der Realität orientiert als wir Politiker.»

Stöckli sprengt Altersgrenze

In der SP hingegen vertraut man voll auf die Politik. Hans Stöckli will sich denn auch nicht aus der Verantwortung stellen und kandidiert im Herbst freiwillig noch einmal für den Ständerat, obwohl er Ende Legislatur 2019 bereits 67 Jahre alt sein wird. Wenigstens die SP hat also den Tatbeweis erbracht, dass Ältere mindestens gefragt sind, vielleicht gar unersetzlich. *Fabian Schäfer*

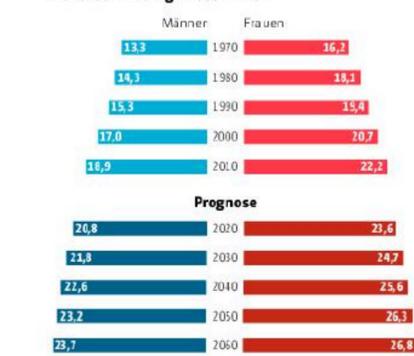
Rentenalter 74 in Dänemark – und niemand protestiert

Die Dänen wissen schon, was Fachkräftemangel bedeutet. Deshalb haben sie ohne Massenproteste das Rentenalter erhöht und an die Lebenserwartung gekoppelt. Auch die Gewerkschaften sind dabei.

Die Dänen sollen bald deutlich länger arbeiten, bevor es in die Rente geht – und niemand protestiert. Sozialdemokraten und Bürgerliche haben sich schon 2006 und 2011 in weitgehenden Reformpaketen darauf geeinigt, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und ab 2030 an die steigende Lebenserwartung zu koppeln.

Auch in Dänemark wird die Gesellschaft älter. Gleichzeitig ermöglichte ein vom Staat stark subventioniertes Frührentensystem vielen, mit 60 Jahren in den Ruhestand zu gehen. Der Fachkräftemangel war und ist gross. Lange herrschte fast Vollbeschäftigung. Zudem ist Dänemarks Einwanderungspolitik sehr restriktiv, was die Verjüngung des Arbeitsmarkts behindert. Der ehemalige bürgerliche Ministerpräsident Lars Lokke Rasmussen warb 2011 mit dem dramatischen Worten «es geht um das Überleben der dänischen Wirtschaft» für die Reform.

Lebenserwartung mit 65 Jahren



Lesebeispiel: 1970 konnte ein 65-jähriger Mann damit rechnen, noch 13,3 Jahre lang zu leben. Bei den Frauen waren es 16,2 Jahre.

Infok jr / Quelle BFS, eigene Berechnungen

Zuerst wurde das reguläre Renteneintrittsalter von 65 auf 67 erhöht. Doch die heute über 30-jährigen Dänen werden gemäss Prognosen zur Lebenserwartung nach 2030 vermutlich bis 71 oder gar bis 74 arbeiten müssen. Wie genau das neue Rentenalter gestaltet wird, ist noch nicht klar. Die Tarifpartner warten die diesjährigen Parlamentswahlen ab. Aber grundsätzliche Kritik an der stetigen Erhöhung des Rentenalters gibt es so gut wie nicht in Dänemark.

Das bestätigt der mächtige Gewerkschaftsverband LO: «Es ist schade, dass die erhöhte Lebenserwartung der Arbeitnehmer in mehr Arbeitszeit statt in mehr Freizeit fließt, aber grundsätzlich tragen wir die Ankopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung mit, wenn sie

fair gehandhabt wird», sagt LO-Ökonomin Ingerlise Buck. Die Gewerkschaft sieht aber die angepeilte Umsetzung als zu harsh an und verlangt bessere Abfederungen. Heute zahlen deutlich weniger Dänen in das freiwillige Frührentensystem ein, da viele Anreize dafür entfernt wurden. Damit entfällt für viele die Frührente, was aus Sicht der Gewerkschaft die Folgen des höheren Rentenalters verschärft. Buck wirft auch die Frage auf, was mit Arbeitnehmern geschieht, die zeitweilens harte körperliche Arbeit verrichteten. Ihnen weitere Arbeitsjahre aufzubringen, sei nicht gerechtfertigt.

Die Frage, ob Firmen ältere Arbeitnehmer überhaupt behalten wollen, ist in Dänemark angesichts des Fachkräftemangels kein Thema. Erik Simonsen, Vizepräsident des Arbeitgeberverbandes DA, betont zudem, für Härtefälle wie Arbeitnehmer, die nicht mehr arbeiten können, müsse es Arbeitsunfähigkeitsrenten und andere soziale Massnahmen geben. «Aber wir wollen nicht mehr, dass Leute, die noch fit sind, schon mit 60 in die freiwillige Frührente gehen und der Staat dafür auch noch bezahlt.»

André Anwar, Stockholm

«Wir tragen die Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung mit, wenn sie fair gehandhabt wird.»

Gewerkschafterin Ingerlise Buck

Bund warnt vor Internet-Erpressern

INTERNET In den vergangenen Wochen haben Cyber-Attacken in der Schweiz zugenommen, mit denen Geld von den Opfern erpresst wird. Der Bund warnt davor, auf die Erpressung einzugehen.

Aktuell registriert die Melde- und Analyseinstitute Informations-sicherung (Melan) des Bundes im Internet eine Vielzahl sogenannter DDOS-Angriffe mit Erpressungsversuchen, wie sie schreibt. Erpressung setzt momentan eine der bevorzugten Methoden von Cyberkriminellen, um schnell an Geld zu kommen.

Die Attacken gelten als simpel und effektiv. Urheber von sol-



Nicht reagieren, die Nerven behalten. Bei Erpressungsversuchen über Internet empfiehlt der Bund, cool zu bleiben. *Keystone*

chen Attacken sind deshalb auch längst nicht mehr nur professionelle Hacker.

Die Kriminellen gehen mit verschiedenen Methoden vor. Beiliebend seien zurzeit DDOS-Angriffe (Distributed Denial of Service). In solchen Fällen versucht ein Angreifer, eine Website oder eine Internetdienstleistung unerreichbar zu machen, indem man sie mit Anfragen überschwemmt.

Prominente Opfer

Wenn eine Website nicht erreichbar ist, kann dies für den Besitzer einen grossen Gewinnausfall bedeuten, insbesondere wenn der angegriffene Dienst kommerzieller Natur ist.

In den vergangenen Jahren wurden in der Schweiz verschiedene solcher Attacken publik. Mit einem Angriff gegen die Swisscom wollte die Täterschaft etwa erreichen, dass Internetanbieter aus der Erotikbranche vom Netz genommen werden. Melani empfiehlt Opfern von DDOS-Angriffen, nicht auf die Erpressung einzugehen. «Es ist gut möglich, dass auch nach einer ersten Zahlung die Angriffe weitergehen und die Erpresser versuchen, weiteres Geld zu erpressen.»

Zudem appelliert der Bund an alle Betroffenen, allfällige Angriffe der kantonalen Polizeidienststelle zu melden. *sda*

Moment mal

Wie Bürgerliche im Ernstfall sparen

Im Bundeshaus laufen die Vorbereitungen für einen Präventivschlag erster Güte. Frühzeitig wappnet sich die bürgerlich dominierte Sicherheitskommission des Nationalrats gegen den Spareifer des bürgerlich dominierten Parlaments. Sie setzt ungewöhnliche Waffen ein. Die Kommission will kurzerhand im Gesetz festschreiben, dass der Bund für die Armee in den nächsten Jahren jeweils mindestens 5 Milliarden Franken ausgeben muss – 300 Millionen mehr als im Budget 2015.

Das ist eine etwas rabiate, aber effektive Strategie. Ist der Etat der Armee im Voraus im Gesetz zementiert, lässt sich später in der Budgetdebatte nicht mehr daran herumschrauben. Diese Taktik dürfte gewiss hier und dort Nachahmer finden.

Warum fällte die Sicherheitskommission diesen Entscheid? «Weil die Armee bisher bei Sparpaketen immer überproportional stark betroffen war», sagt die Vizepräsidentin, FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Die Aargauerin lässt durchblicken, dass es der Mehrheit darum geht, die Armee von weiteren Kürzungen auszunehmen. Diese werden bereits im Budget 2016 unausweichlich sein.

Machen sich die Bürgerlichen nicht ungläubig, wenn sie ständig vom Sparen reden, dann aber ganze Bereiche davon ausnehmen? «Natürlich wird das Kritik geben», räumt Eichenberger ein. Aber der Bund solle jetzt zuerst einmal in anderen Bereichen sparen.

Zum Beispiel im öffentlichen Regionalverkehr? Hier will der Bundesrat die Ausgaben 2016 nicht erhöhen, wie dies geplant war, sondern auf dem Niveau von 2015 belassen. Dies machte das Bundesamt für Verkehr kürzlich von sich aus publik und warnte vor einer «Finanzierungslücke im zweistelligen Millionenbereich». Wetten, dass sich die entsprechende Kommission demnächst entschieden dagegenstellen wird? Genauso wie gegenwärtig die Kulturkommission gegen Kürzungen in ihrem Bereich weibelt und sogar noch mehr ausgeben will als der Bundesrat.

Was lernen wir daraus? 1. Die, die am Sonntag vom Sparen reden, sind nicht zwingend die, die am Montag nicht doch lieber mehr ausgeben. 2. Von den Beschützern der Armee können sogar die Bauern noch etwas lernen. *Fabian Schäfer*

Sicheres Krisen-Netz

BEHÖRDEN Die Verantwortlichen von Bund und Kantonen sollen über ein sicheres Netz kommunizieren können, besonders in Krisen und Notlagen. Geplant ist ein solches Netz schon länger. Nun will der Bundesrat das Projekt vorantreiben. Bis im Herbst soll das Verteidigungsdepartement dem Bundesrat einen Vorschlag vorlegen. Voraussichtlich 2016 will der Bundesrat dem Parlament die Umsetzung beantragen. Die Investitionen schätzt der Bundesrat auf 55 bis 60 Millionen Franken, die jährlichen Betriebskosten werden sich auf etwa 11 Millionen Franken belaufen. *sda*